

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 23. März 1905.

№ 34.

## Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Den ersten Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung erstattete soeben in einem stattlichen Feste der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen (G. Legien). Wir schicken für unsere Leser orientierend voraus, daß schon vor langen Jahren wiederholt von einzelnen Ländern angeregt wurde, internationale Gewerkschaftskongresse abzuhalten, daß aber die deutsche Gewerkschaftsvertretung sich hierzu ablehnend verhielt, weil sie sich wenig Ersprießliches davon versprach, so lange nicht festere Grundlagen für eine internationale Verständigung vorhanden und namentlich die Gewerkschaftsorganisationen in den einzelnen Ländern nicht genügend erstarkt seien. Deshalb einigte man sich auf der ersten internationalen Konferenz der Sekretäre der Landesorganisationen der Gewerkschaften in Kopenhagen (im August 1901) dahin, daß es zur Verständigung über internationale Gewerkschaftsfragen nicht eines besondern Kongresses bedürfe, sondern daß alljährlich eine Konferenz der Sekretäre bei den jeweiligen Landeskongressen genüge. Man bestimmte deshalb in Kopenhagen, die nächste Konferenz während der Tagung des deutschen Gewerkschaftskongresses in Stuttgart (1902) einzuberufen. Der Reihe nach sollten dann alle Länder auf ihren Landeskongressen die internationalen Sekretäre als Gäste begrüßen können. Die zweite internationale Konferenz fand denn auch in Stuttgart 1902 statt und waren auf derselben außer Deutschland vertreten: Böhmen, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz und Spanien. Auf dieser Konferenz wurde die deutsche Landeszentrale als internationale Zentrale bestimmt. Bezüglich der Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses erklärten die Engländer, daß sie einen solchen Kongress für entbehrlich halten, da dort wohl viel geredet, aber wenig geleistet werde, welche Auffassung Legien dahin präziserte, „daß wir hier in vier Stunden mehr erledigt hätten, als auf einem internationalen Kongresse in vier Tagen erledigt werden kann“. Die Konferenz einigte sich dann auch für die jährliche Abhaltung internationaler Konferenzen. Zu denselben haben die Sekretäre einen Bericht zu liefern, welcher eine nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellte Statistik enthalten soll, Mitteilungen über die Gewerkschaftsbewegung des Landes, Arbeiterschutz usw. Auch soll, soweit wünschenswert, ein Auszug der für die Gewerkschaften maßgebenden Landesgesetze (in Uebersetzung) der internationalen Zentrale zur Verfügung gestellt werden.

Nunmehr liegt, wie eingangs gesagt, der erste internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1903 vor. Berichtet haben nach annähernd einheitlichen Gesichtspunkten: England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich und Serbien. Allgemeine Berichte sandten ein: Frankreich, Niederlande, Ungarn, Spanien und Australien. Von den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen haben nicht berichtet: Belgien, Schweiz und Italien. Der Be-

richt läßt natürlich, wie dies auch Legien feststellt, an Vollkommenheit zu wünschen übrig, aber mit der Zeit wird sich die Brauchbarkeit dieser Berichte steigern. Zu beachten ist, daß in den meisten Ländern nicht alle Gewerkschaftsorganisationen der Landeszentrale (bei uns der Generalkommission der Gewerkschaften) angehören, z. B. in England nur die General Federation, der etwa 80 Prozent der

gewerkschaftlichen Vereinigungen des Landes angehören.

Ueber die Zahl der in den Ländern, die Berichte eingefandt haben, vorhandenen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sowie über die Zahl der Zentralverbände und lokalen Vereine, die an die Landeszentrale angeschlossen sind, und deren Mitglieder gibt die folgende summarische Tabelle Auskunft:

L a n d	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder		Der Landeszentrale gehören an:					
	Zusgesamt	Davon weibliche	Zentralverbände		Lokale Vereine		Zusammen	
			Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Mitglieder	Davon weibliche
England	1 922 780	120 078	—	—	—	—	432 000	12 000
Dänemark	86 326	7 043	47	62 038	14	811	62 849	5 062
Schweden	80 000	3 750	26	47 920	—	—	47 920	2 140
Norwegen	15 996	926	9	7 500	10	472	7 972	149
Deutschland	2 276 831	47 038	63	887 698	—	—	887 698	40 666
Oesterreich	177 592	12 063	51	146 373	550	31 219	177 592	12 063
Ungarn	41 138	1 823	16	28 160	63	12 978	41 138	1 823
Serbien	3 500	—	15	1 761	27	1 739	3 500	—
Spanien	?	?	7	19 580	37	38 420	58 000	?

<sup>1</sup> Die letzte veröffentlichte Bilanz vom Jahre 1901. <sup>2</sup> Darunter 17 577 Mitglieder lokaler Vereine, 110 215 Mitglieder kirchlich-darunterlicher Gewerkschaften, 19 267 Mitglieder christlicher Gewerkschaften und 68 724 Mitglieder feiner Landeszentrale angeschlossener Vereine. <sup>3</sup> Darunter 104 „Allgemeine Gewerkschaften“ mit 6658 und 416 „Bildungsvereine“ mit 12 724 Mitgliedern.

Die den international vereinigten Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften hatten 1903:

L a n d	Jahres- einnahme Mk.	Jahres- ausgabe Mk.	A u s g a b e n f ü r U n t e r s t ü t z u n g e n						Ausgabe für Streiks Mk.	
			Reise Mk.	Arbeitslose Mk.	Kranke Mk.	Zwangs- geld Mk.	Sonstige Mk.	Zusammen Mk.		
England <sup>1</sup>	15 792 027	14 355 296	—	4 669 632	1 817 252	2 783 661	657 410	238 394	10 433 772	967 976
Dänemark	1 598 024	1 110 117	—	388 750	—	—	—	—	388 750	—
Schweden <sup>2</sup>	738 198	707 043	10 976	16 141	4 686	—	—	—	31 803	469 379
Norwegen	393 385	356 885	965	45 909	31 720	—	—	—	78 594	192 525
Deutschland	16 419 991	13 724 336	613 870	1 270 053	944 059	189 442	—	702 992	3 720 416	4 529 672
Oesterreich	2 547 756	2 299 380	60 648	407 182	313 854	106 897	40 439	96 826	1 055 846	—
Serbien	14 555	7 651	383	168	2 262	—	—	—	2 813	644

<sup>1</sup> Hier kommen für Unfallunterstützung noch 267 423 Mk. hinzu. <sup>2</sup> Nur für 53 Organisationen. — Für 1902.

Der Bericht des internationalen Sekretärs weist dann noch auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die seiner Arbeit im Wege standen. — Mit Ausnahme der Schweiz haben die Landeszentralen in England, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Italien, Spanien und Victoria (Australien) ihre Beiträge für das Geschäftsjahr 1903/04 entrichtet. Den 1904 neuerrichteten Landeszentralen in Bulgarien und Serbien ist die nötige Anleitung zur Einigung der Gewerkschaften gegeben und alles erforderliche Material geliefert worden. — Die Jahreseinnahmen betragen 1063 Mk., die Ausgaben 292 Mk., der Kassenbestand 771 Mk.

Wenn wir in gebotener gedrängter Kürze den Jahresberichten der einzelnen Landessekretäre folgen wollen, so sei zunächst für Großbritannien und Irland festgesetzt, daß dort über Wahlen, die Schutzzollagitation, über abänderungsbedürftige Gesetze, Löhne und Gewerbestreitigkeiten, gewerbliche Kämpfe, den Stand der Geschäfte, die Gewerkschaftsgesetzgebung und ihre Handhabung, richterliche Entschiede usw. berichtet wird. In der beigegebenen Tabelle wird über 84 Organisationen und deren Kassengebarung Auskunft gegeben. — Ueber die Lage der an den französischen allgemeinen Bund der Arbeit angeschlossenen Föderationen berichtet der französische Sekretär. Er berichtet über die

Mitgliederzahlen, Gründung, Beiträge, Organe, Zahl der Ortsvereine usw. der einzelnen Organisationen, über Gewerbegerichte, Arbeitsvertrag und Streikrecht in anschaulicher Weise.

Der niederländische Sekretär berichtet kurz über die Hemms- und Hindernisse, die einer Einigung der niederländischen Gewerkschaftsorganisationen im Wege stehen. — Ueber die gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark gibt der Sekretär ein anschauliches und detailliertes Bild und stellt außerdem fest, daß die Unternehmer in einer starken Landeszentrale vereinigt sind. — Der Bericht über die Arbeiterbewegung in Schweden sagt, daß dort eine „einheitliche sozialistische Gewerkschaftsbewegung“ besteht, berichtet dann über die im Jahre 1903 stattgehabten Konflikte und über die soziale Gesetzgebung in Schweden. — Die Lage der Arbeiterbewegung in Norwegen wird in Anschluß an eine interessante geschichtliche Schilderung des Entstehens der gewerkschaftlichen Organisationen in Norwegen dargelegt. — Bezüglich Deutschlands verweisen wir auf unsern Artikel in Nr. 81 von 1904. Zu erwähnen wäre hier noch, daß ein Kapitel über Arbeitergesetzgebung im internationalen Berichte enthalten ist. — Oesterreich berichtet über Berufsgewerkschaften, allgemeine Gewerkschaftsvereine, Arbeiterbildungsvereine, das Unterstützungswesen und die Kassengebarung der Gewerk-

schaften. — Von Ungarn wird gesagt, daß es kaum ein Land gibt, in welchem die gewerkschaftliche Bewegung mit so vielen Hindernissen zu kämpfen hat, als in Ungarn. Der Arbeiter ist dort beinahe rechtlos. Trotz alledem ist es gelungen, in drei Jahren die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 10 000 auf 41 000 in die Höhe zu bringen. — In Serbien, wo zurzeit 15 Verbände und 27 allgemeine Arbeitervereine bestehen, ist die Gewerkschaftsbewegung im Werden begriffen. — Aus Spanien enthält der Bericht lediglich drei Tabellen, und zwar eine Uebersicht über die Sektionen und Mitglieder nach Provinzen und Berufen, sowie eine tabellarische Darstellung der „Allgemeinen Vereinigung der Arbeiter“. — Der Bericht aus Australien (Neu-Süd-Wales) läßt ein fortschreitendes Aufblühen der Gewerkschaftsorganisationen erkennen, und daß für jeden Staat in Australien ein gewerkschaftliches Zentralbureau besteht. Außerdem behandelt ein gesonderter Abschnitt das gewerbliche Schiedsgerichtsgesetz. — Dankenswert ist, daß in dem Hefte die Adressen der gewerkschaftlichen Landeszentralen und der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften enthalten sind.

Alles in allem muß man mit diesem erstmaligen Bericht sich schon zufrieden geben, denn es ist ja Alles noch zu neu. Daraus erklärt sich auch, daß die meisten Berichte, mit Ausnahme des englischen, mehr politisch als gewerkschaftlich gehalten sind. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß die gewerkschaftliche Internationalität sich nicht an Worten zu berauschen hat, wie das vielfach in den genannten Berichten vorkommt, sondern daß ihr, wenn sie von Nutzen sein soll, sehr reale Aufgaben gestellt sind. Dazu zählt in erster Linie eine gegenseitige Unterstützung bei Streiks. Die wirtschaftlichen und materiellen Nachmittel der Gewerkschaften müssen in einem hohen Stadium der Entwicklung und des Ausbaues der Internationalität gegen alle Kühnemannern, Felsische und takti quanti mit zerschmetternder Wucht zur Geltung gebracht werden, alles andre ist nur Mittel zum Zweck oder überflüssige internationale Spielerei. Hoffentlich führt die gewerkschaftliche Internationalität nicht nur zu Statistiken, sondern auch zu praktischen, Achtung gebietenden Lebensäußerungen. An uns Deutschen ist es vor allem, dieses Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren.

## Gewerkschaftliches aus Großbritannien.

Zu Uebereinstimmung mit der allgemeinen schlechten Geschäftslage zeigt auch der graphische Arbeitsmarkt noch immer keine Symptome, die auf baldige Besserung hinweisen. Die englischen Buchdruckerverbände mit insgesamt 40 000 Mitgliedern registrierten Anfang vorigen Monats 5,2 Proz. Arbeitslose, gegen 4,3 Proz. im gleichen Abschnitte des Vorjahres. In der Steinbruchbranche wurden gar 6,3 Proz. gezählt, während unsere Schwäger erster Linie mit 4,8 Proz. eine kleine Aufbesserung konstatieren konnten. Allem Anscheine nach haben die großen Druckzentren besonders zu leiden; Manchester und Liverpool wiesen beispielsweise 9 bzw. 8 Proz. Konditionslose auf.

Am 1. März hielt die Londoner Sechergesellschaft ihre 57. Generalversammlung ab, die infolge der ausgedehnten Diskussionen auf den 4. März verlagert werden mußte. Die Bilanz schließt mit 760 000 Mk. ab. Trotzdem eine achtzehnjährige Extrasteuer von 4 Pence (32 Pf.) erhoben wurde, überwiegen die Ausgaben die Einnahmen um rund 60 000 Mk. Die höchste Summe seit Gründung der Gesellschaft wurde für die Arbeitslosen verausgabt, nämlich 330 000 Mk. Die Invalidenunterstützung absorbierte 143 500 Mk. Für Streikunterstützung wurde der verhältnismäßig hohe Betrag von 32 000 Mk. ausbezahlt, was darin begründet liegt, daß verschiedene große Firmen dem Verbands verloren gingen. Als Äquivalent gelang es, 25 neue Firmen dem Tarif zu erschließen. Die Mitgliederzahl am Ende des Jahres belief sich auf 114 551. Wenn man diese Zahlen mit den Resultaten der letzten Jahre vergleicht, so kann man nur mit Bedauern konstatieren, daß von Fortschritt keine Rede sein kann. Seit 1899 ist die Mitgliederzahl dieselbe geblieben und das Vermögen ist um 90 000 Mk. geringer geworden. Das Gesamtguthaben der Gesellschaft belief sich einschließlich eines eignen Heims auf 1 412 600 Mk.

Im Anschlusse an die im letzten Berichte erwähnte Erhöhung des Minimums für die Städte South Shields, North Shields, Darrow und Hebburn sei hiermit nachgetragen, daß dasselbe nunmehr für den ersten Ort

31 Schilling 6 Pence, für die letzteren drei Orte hingegen 29 Schilling und 6 Pence beträgt.

Seit geraumer Zeit ereifert man sich in englischen Gewerkschaftskreisen darüber, ob es legal ist, Mitglieder, welche sich weigern, zu dem allgemein eingeführten Wahlfonds beizusteuern, auszuschließen. In verschiedenen Organisationen haben es Mitglieder vorgezogen, diesbezügliche und großen Mehrheiten gefasste Beschlüsse zu ignorieren und die Extrasteuer zu verweigern. In solchen Fällen bleibt als ultima ratio nur der Ausschluß übrig, um derartige Disziplinarmassnahmen zu ahnden. W. Thompson, Redakteur des sozialdemokratischen „Reynolds Newspaper“, drückt aber für diese Klasse Mitglieder eine Lanze und stellt die Loyalität einer derartigen Maßnahme in Frage.

Am 7. Februar empfing der englische Premierminister, A. J. Balfour, eine Deputation der Gewerkschaften, die beauftragt war, die Regierung um sofortige Stellungnahme zu der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit zu ersuchen. Der Sprecher, F. Sexton, führte aus, wie die Wohlfahrtsanstalten der Gewerkschaften zur Linderung der größten Not beitragen und wie ungerecht es infolge dessen von der Regierung sei, die Gelder der Arbeiter durch teure Prozesse aufzusehren. Die Erwiderung des Ministers war äußerst zahm; zu irgend einer Konzeption ließ er sich nicht herbei. Von dieser Seite ist keine Besserung im gegenwärtigen Kurse zu erwarten. Die englischen Arbeiter müssen zur Selbsthilfe greifen und das Uebel bei der Wurzel ausrotten. Bei der Wahlurne wird ihnen bald die Gelegenheit geboten werden.

Zwischen dem parlamentarischen Komitee der Gewerkschaften und Vertretern der Produktivgenossenschaften hat jüngst eine Konferenz stattgefunden, um verschiedene Streitfragen, die beide Gruppen berühren, zu schlichten. Es wurde beschlossen, ein gemeinsames Schiedsgericht zu gründen, dem etwaige Meinungsverschiedenheiten in Zukunft zu unterbreiten sind, ehe es, wie gesehen, zu einem offenen Konflikt kommt.

Am 16. Februar vereinigten sich Vertreter der Gewerkschaften und des Arbeitervertretungs-komitees zu einer Sitzung in der Caxton Hall, Westminster, London, zwecks Ausarbeitung eines gemeinsamen Kriegsplanes, im Falle einer plötzlich eintretenden Reichstagsneuwahl.

Ende Februar fand in der Halle der Londoner Sechergesellschaft die zehnte Jahreskonferenz der Föderation der Regierungsarbeiter statt. 80 000 im Staatsdienste beschäftigte Arbeiter hatten Delegierte entsandt, welsch letztere rückhaltlos die in den verschiedenen Departements herrschenden Methoden kritisierten und in den üblichen Resolutionen ihre Wünsche zum Ausdruck brachten. Im allgemeinen gewann man aus den Verhandlungen den Eindruck, als ob auch der englische Regierungsarbeiter in punkto Bezahlung und Behandlung seinem in Privatbetrieben beschäftigten Kollegen gegenüber im Nachteil ist. Einen angenehmen Gegenatz im Vergleich mit deutschen Staatsangestellten bildete die unverblümte Art und Weise, wie die Delegierten ihre Sache vertraten. Offenbar verfallen dieselben nicht gleich der rächenden Nemesis, sondern Meinungsfreiheit gilt doch noch etwas im stolzen Albion. Zum Schluß drückte man gar den russischen Arbeitern seine Sympathie aus. Was würde der deutsche Vater Staat zu solchen Dingen sagen?

Am 10. März war es der englischen organisierten Arbeitererschaft vergönnt, einen Triumph über ihre reaktionären Widersacher zu feiern. Das vielumsrittene neue Gewerkschaftsgesetz wurde vom Parlamente mit 252 gegen 130 Stimmen in zweiter Lesung angenommen und dem feststehenden juristischen Komitee zur Begutachtung überwiesen. Von seiten der Regierung wurden weitere Verschleppungsversuche unternommen, indem ein Gegenantrag gestellt wurde, die Entscheidung von dem Berichte der königlichen Kommission abhängig zu machen, die vor kurzen eingesetzt wurde, um ein Gutachten über die bestehenden Gewerkschaftsgesetze und die in den letzten Jahren gefällten Urteile abzugeben. Die Liberalen und Irlander stimmten geschlossen für das neue Gesetz. 200 Vertreter der Gewerkschaften waren bei der Abstimmung zugegen. Auf den gegen die Londoner Sechergesellschaft schwebenden Schadenersatzprozeß dürfte diese Entscheidung nicht ohne Einfluß sein.

London.

P. B.

## Korrespondenzen.

r. Braunschweig. (Eingegangen am 15. März.) Die diesjährige Hauptversammlung tagte hier selbst am 26. Februar und erfreute sich eines recht zahlreichen Besuchs. Von außerhalb waren vertreten die Orte Wolfenbüttel, Schöningen, Schöppenstedt und Holzminde. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende unsern unbergeliebten, langjährigen Gauassessor Ernst Weber einen warmen Nachruf. Nachdem sodann die Versammlung mehrere gefällige Mitteilungen seitens des Vorstandes entgegengenommen, wurde vom Kassierer die Abrechnung pro 4. Quartal 1904 vorgelesen und hierauf dem Kassierer Verdarge erteilt. Die Jahresabrechnung lag gedruckt vor. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 329. Die Bezirksrentenkasse, der etwa 300 Mitglieder angehören, bilanzierte mit einer Einnahme von 704,55 Mk. und einer Ausgabe von 754,08 Mk.; der Kassensfonds hat eine Höhe von 10 094,99 Mk. Hierauf folgte die Neuwahl des Vor-

standes und des Bibliothekars (das Resultat siehe in Nr. 28 des „Corr.“). Eine längere Diskussion zeitigten die „Anträge zur Generalversammlung des Verbandes“. Bezüglich der Witwenkassenfrage wurde folgender Antrag beschlossen: „a) Die Generalversammlung wolle die Einführung einer Witwenunterstützung seitens des Verbandes ablehnen, dagegen beschließen, unter Berücksichtigung eines Mehrbeitrages von 5 Pfg. pro Woche das Begräbnisgeld entsprechend zu erhöhen. b) Die Generalversammlung wolle beschließen, den Zentralvorstand oder eine Kommission zu beauftragen, eine Petition an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches — Reichstag und Bundesrat — unter den Mitgliedern des Verbandes in Umlauf zu setzen, in welcher die Notwendigkeit einer Reichswitwenkasse eingehend begründet und um deren beschleunigte Einführung eruchet wird.“ Ferner erklärte sich die Versammlung noch für folgende Anträge: Der § 9 des Verbandsstatuts soll nachstehende Fassung erhalten: „Arbeitslosen Mitglieder, welche mindestens 75, 100, 150 bzw. 500 oder 750 Wochenbeiträge geleistet haben, kann für den Zeitraum bis zu 10, 20, 30 bzw. 40 Wochen Unterstützung am Orte gewährt werden.“ Zu den Beschlüssen des Vorstandes: b) Ortsunterstützung: In § 2, Zeile 5, sind die Worte „und Verbands“ zu streichen. Zu c) Umzugskosten: Der Absatz 1 soll wie folgt lauten: Mitgliedern, welche eignen Hauskaffee führen, kann bei Veränderung des Wohnortes eine Beihilfe zu den Umzugskosten gewährt werden usw. (wie bisher); im Absatz 5 sind die Worte „Freiwillig Umziehende und solche“ zu streichen. Ein Antrag auf eine geringe Verkürzung der Karenzzeiten zum Bezuge der Invalidenunterstützung wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, welcher eine Unterstützung der militärischen Leubenden eingezogenen Mitglieder befürwortete. Sodann wurden noch einige weniger die Allgemeinheit interessierende Angelegenheiten behandelt.

Frankfurt a. M. — Offenbach. (Eingegangen am 17. März.) In der Monatsversammlung des Maschinenmeistervereins vom 5. März hielt u. a. Kollege Hüflich einen Vortrag über Spieße, an Beispielen nachweisend, wie Spieße gefördert und vermieden werden können. Der Referent, welchem der Dank der Versammlung für seinen Vortrag ausgesprochen wurde, ging des weitern noch auf eine Bekanntmachung der Berufsgenossenschaft ein, welche besagt, daß die meisten Unglücksfälle durch Selbstverschulden verursacht würden, in welchem Falle die Berufsgenossenschaft jede Entschädigung ablehne. In der sich anschließenden lebhaften Debatte wurde hervorgehoben, daß die Schuld an den meisten Unglücksfällen die Vorgesetzten treffen, welche durch Unvorsicht die den Maschinenmeister in dem gedachten Sinne gefährden. Dies wurde in einer entsprechenden Resolution zum Ausdruck gebracht. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, sich zahlreicher als bisher in den Bezirksversammlungen einzufinden.

ii. Frankfurt a. d. Ober. Wenn im „Corr.“ von unserm Bezirke seit langem nicht mehr die Rede war, so darf daraus aber nicht eine Stagnation oder gar ein Rückgang der Verbandsverhältnisse im Bezirke gefolgert werden; unser Berichterstatter war nur etwas bescheiden und wollte nicht so oft die kostbaren Spalten des Verbandsorgans in Anspruch nehmen. Oder hatte er eine Scheu vor dem unerbittlichen Postfiste der Redaktion? Der neue Referent hat aber trotzdem den Mut, nach ausgedehnter Pause wieder einmal ein kräftiges Lebenszeichen von der Ober nach der Pleiße gelangen zu lassen, das beweisen soll, daß man auch bei uns die Hände nicht in den Schoß legt, sondern rüstig an der Erreichung und Verallgemeinerung unser Ziele weiter arbeitet. Diese Tatsache bestätigte auch die am 5. März in unserm alten Hansstadt abgehaltene erste diesjährige Bezirksversammlung, welche äußerst zahlreich besucht war. Aus 15 Druckorten waren 104 Mitglieder erschienen, und zwar aus: Frankfurt 29, Lauberg a. d. W. 25, Gießen 10, Schwelbuis 5, Fritzmühle 6, Miltarbe 4, Küntrin 4, Königszberg (Neum.) 4, Müncheberg 3, Neppen 3, Sorau 3, Sommerfeld 3, Strausberg 3, Freienwalde 1 und aus Zielzigel 1 Kollege. Vom Zentralvorstande war Kollege Muffat-Berlin, vom Gauvorstande Kollege Hela-Stettin anwesend, außerdem Kollege Schindler in Berlin als Gast. War so die Beteiligung ohne Zweifel erfreulich, so ist doch einerseits eine gewisse Gleichgültigkeit bei den hiesigen Mitgliedern zu verzeichnen, da von etwa 65 Kollegen nur 29 erschienen; andererseits dokumentierte sich aber auch in krasser Weise der Individualismus der 60 Frankfurter Nichtmitgliedern, indem dieselben trotz der an jeden einzelnen Kollegen ergangenen gedruckten Einladung und trotz des Hinweises auf die weiter unten näher erwähnten zwei hochwichtigen Referate, bis auf den letzten Mann durch Abwesenheit glänzten. Der Bezirksvorsitzende Meyersdorff eröffnete die Versammlung mit herzlichem Willkommen und mit der Bitte, im Hinblick auf die reichhaltige Tagesordnung um „Dauerereben“ abzugeben, welcher Wunsch zu unserer Beunruhigung befolgt wurde. Nachdem das Bezirksparlament sich zu Ehren des unter traglichen Umständen verstorbenen Kollegen Fuß von den Sigen erhoben hatte, wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Der von unserm arbeitsfrohen Bezirksvorsitzenden Meyersdorff erstattete Geschäftsbericht entrollt im allgemeinen ein freundliches Bild, in dessen Vordergrund die Tarifsteigerung (seit 1. Januar) bei der alten Firma Tronitzsch & Sohn in Frankfurt a. L. steht. Es ist hocherfreulich, daß diese große, angesehen, weltbekannte Druckerei, Verlags- und Kunstanstalt, die ein Gesamtpersonal von 200 Personen (davon 100 Bud-



druckgehilfen) beschäftigt, von der hervorragenden sozialpolitischen Bedeutung unseſer Tarifes nun auch überzeugt wurde und dem Koalitionsrechte ihrer Geſellen Hindernis nicht in den Weg legt, ſo daß wir hoffen können, daß die jetzt ſchon ſtattliche Mitgliederzahl dieſer Firma (etwa 40 Kollegen) nach und nach immer mehr zunimmt. Bei Wegner in Mühlberg fand der Tarif ebenfalls Eingang. Die Mitgliederzahl des Bezirks iſt im ſteilen Steigen: von 128 ſchnellte ſie auf 180 hinauf; allein der Ortsverein Frankfurt wuchs von 45 Mitgliedern auf 70, auch in den kleineren Orten iſt eine Vermehrung zu konſtatieren. Aber dem ſympathiſchen Wille fehlen auch die Schattenſeiten nicht. Auf dem Lande iſt noch immer über große Beſchränkung zu klagen, welcher Krebsſchaden ein fortwährendes Uebelwerk verlangt; ſo raubt ſie nach wie vor eine Domäne des Gutenbergbundes (13 Bänder ſiehe 9 Verbandsmitgliedern gegenüber). Das eigentliche Schmerzpunktsbild aber nunmehr die in weiteren Kreiſen bekannte Großfirma in Neudamm. Herr Neumann ſtellt ſich auch noch heute, in der Epoche der ſozialen Ausgleichung und Verſöhnung, auf den ſtarken Herrenſtandpunkt und ſchiebt als „gewandter, ſicherer Weidmann“ den Vogel inſofern ab, als er trotz Tarifanerkennung ſeinen 130 Geſellen den Eintritt in unſre Organifation verſagt. Nun, wir hoffen, auch dieſe jehaldige Burg wird ſich noch ergeben, wenn der Eifer nicht erlaſſt. Nach dem dann vom Bezirkskaſſierer Müller gegebenen Berichte des Vorstandes wickelten ſich die Geſchäfte glatt ab; eine Differenz iſt zu erwähnen mit dem Gausvorſtande in Saden der Prinzipalkaſſe. Referent klagte über das mangelhafte Leſen des „Corr.“ — auf 160 bis 180 Mitglieder entfallen nur 80 bis 90 Exemplare. Der Kaſſenbericht verzeichnet intereſſante Details und ſchließt mit einem Beſtande von 448 Mk. ab. Einige Bemerkungen des Kollegen Hermann klärte unſer geſchäftlicher und ſparſamer Finanzminiſter Müller unter großer Heiterkeit auf, worauf der Bericht von den Reviſoren Meyer und Schüß für richtig befunden wurde und die Verſammlung Decharge erteilte. Bei der Stellungnahme zum nächſten Goutage, zu welchem der hieſige Bezirk nach ſeinem neueſten Stande 6 Delegierte zu entſenden hat, trat die Aenderung des Statuts und beſonders die Teilungsfrage hervor. Kollege Müller empfiehlt den Anſchluß der ganzen Provinz Brandenburg an den Gau Berlin, ſtatt den Obergau in zwei Hälften zu teilen, womit die Verſammlung einverſtanden war. Zu Kandidaten als Delegierte für den Goutage wurden mittels Stimmzettel zwölf Kollegen vorgeſchlagen. Nachdem des Koſtenpunktes wegen als Ort für den nächſten Bezirksſtag wieder Frankfurt (allerdings unter gewiſſen Vorbehalten) beſtimmt wurde, fand die Reſolutionsfähigkeit ohne Debatte einſtimmige Annahme. In Ermangelung von Anträgen zur nächſten Generalverſammlung konnte gleich zur Komminierung des Delegierten für dieſe geſchritten werden, wobei Bezirkskaſſierer Müller die Mehrheit erlangte. Bei der vorgedrittenen Zeit konnte leider der vom Kollegen Hermann gewünschte und hier in Frankfurt (vielleicht auch anderswo?) beliebte Punkt „Verſchiedenes“, der ſchon häufig zu Ueberlaſſendes zutage gefördert, nicht mehr auf die Tagesordnung geſetzt werden, indem Kollege Biela-Stein noch vor dem Mittagsſeſſen ſein Referat über „Stellungnahme zur Witwen- und Waiſenverſorgung“ zu halten hatte, um dem vom Kollegen Muſſial-Berlin zu erſtattenden Referate als Haupttagungsordnungspunkt mehr Spielraum zu geben. Gauskaſſierer Biela griff in ſeinem kurz geſaßten Referate einleitend auf frühere Generalverſammlungen zurück, auf denen der Antrag für Witwen- und Waiſenverſorgung ſchon auftauchte, aber ſtets unter den Tisch fiel. Der Referent führte an der Hand des ihm zur Verfügung ſtehenden Materials den zwingenden Nachweis, daß ohne weſentliche Erhöhung der Beiträge dieſe neue Unterſtützungsweiz nicht durchführbar ſei. Da eine Einführung auf ſatutator Grundlauge zur Unmöglichkeit werde, die Obligatorifierung aber auf beſtändigen Widerſtand eines nicht unbedächtlichen Teiles der Mitglieder ſtoßen und namentlich von den Unverheirateten als ungerade Beſtätigung empfunden werden würde, empfahl er, die geplante neue Unterſtützungsrichtung abzulehnen, die Sterbegeldſätze jedoch dafür zu erhöhen. In der Diſkuſſion wurde von ſeiten der Kollegen Müller, Muſſial und Kutowski dem abſehenden Standpunkte des Referenten beigetreten, die Erhöhung und Neuordnung des Sterbegeldes beſtätigt und betont: wenn auch die Beweggründe der Freunde eines ſolchen Antrages idealen Motiven entſpringen, ſo ſei dennoch zu beachten, daß der Organifation eine gewiſſe Grenze gezogen ſei. Die Witwenverſorgung ſei privatredtlicher Natur und liege außerhalb dem Bereiche einer gewerſchaftlichen Organifation. Die Verſammlung ſtelle ſie denn auch einmütig auf den Standpunkt, daß dieſe Einrichtung inopportum ſei und die Agitation inſolge der unvermeidlichen Beitragsverhöhung ſehr beeinträchtigt würde. Vom Kollegen Kutowski, der ſeine Anſicht in dieſer Sache in den Leitſatz ſchrieb: „Weniger neue Unterſtützungsbeſtrebungen — mehr gewerſchaftliche Ziele!“ ging unterdeſſen folgende, einſtimmig gut geſeſſene Reſolution ein: „Die am 5. März 1905 in Frankfurt a. O. tagende Bezirksverſammlung verurteilt die Einführung einer Witwen- und Waiſenverſicherung innerhalb des Verbandes. Sie erwartet demgemäß von der dieſjährigen Generalverſammlung ſtrikte Ablehnung aller dahingehenden Anträge. Sie erſucht ferner, daß dieſer Punkt zum letztenmale auf der Tagesordnung einer Generalverſammlung geſtanden hat.“ Nachdem dem Kollegen Biela für ſein knappes, aber

doch orientierendes Referat der Dank ausgeſprochen, war es höchſte Zeit, daß die Mittagspaufe eintrat, denn der typographiſche Magen kurrte ganz beträchtlich, der ſich aber bald zufrieden gab, als die futurariſchen Gerichte (à Robert 1 Mk.) für die 80 am Diner teilnehmenden Zünger Gutenbergs raſch in Sicht kamen. Von der obſigaten Tafelrede hatte dieſmal unſer treſſichtiger, allzeit ſchlafgertiger Bezirkskaſſierer Müller aus begreiflichen Gründen Abſtand genommen. — Nach eingenommener „Nhung“ entwickelte Kollege Muſſial ſofort ſein die Nachmittagsſitzung ausfüllendes Referat, das als Hauptpunkt eigentlich für die der Organifation noch fernſtehenden berechnete war, bei der Ignorierung der Einladungen leider aber ſeinen Zweck nicht erreichte, jedoch auch für die Mitglieder manche neue Momente brachte. Der Redner ſprach in einem 1/2 ſtündigen, von der Verſammlung mit Spannung aufgenommenen Vortrage über: „Die Ziele des Verbandes der Deutiſchen Buchdrucker und beſſer Einrichtungen“. Die ruhigen, ſachlichen und in ſeſſelnder Weiſe vorgebrachten Ausführungen haben auch allgemeines Intereſſe; ſie gingen von dem Ausſpruch aus: „Die Gründung auch des kleinſten Gewerkevereins iſt von höherer kultureller Bedeutung als der gloriereiche Sieg!“ Die Wirkungen des Krieges mit der erzieheriſchen, kulturfördernden Tätigkeit der gewerſchaftlichen Organifationen vergleichend, führte Redner in intereſſanter Weiſe aus, wie der Krieg die geſamte Induſtrie eines Landes beeinträchtigt, Handel, Wandel und Verkehr hemme, und namenloſes Elend und Not im Gefolge habe. Auch in ſittlicher Beziehung geiſte ſich der Krieg als ein großes Kulturhemmnis. Als Beiſpiel wies er auf Rußland hin, wo jegliches Feſten des Koalitions-, Vereins- und Verſammlungsrechtes die erzieheriſche Tätigkeit der gewerſchaftlichen Organifationen zu recht vermähnen laſſe. Dieſe aber machen es ſich zur Aufgabe, das Bildungsbedürfnis der Maſſen zu wecken und die Organifationsangehörigen zu denken und ſelbſtändig urteilenden Staatsbürgern zu erziehen. Parallel mit dieſer Tätigkeit laufe das Bemühen, die materiellen Verhältniſſe der kulturellen Entwicklung anzupaffen. In dieſer Beziehung hätten die Buchdrucker immer mit an erſter Stelle geſtanden und ſein für ſo manche andre Organifation vorbildlich geweſen. Der unermehliche wiſchaftliche Kampf ſei in erſter Linie trotz anfänglicher größter Anſehnungen gerade von den Buchdruckern in modernere, verfeinerte Formen gekleidet worden, und ſie ſeinen Ueberdruck in dem allgemeinen tarifiſchen Arbeitsvertrage. Hierin habe unſre Organifation mit ihren Verbands- und tarifiſchen Inſtitutionen Großes geleistet. Wenn die im Jahre 1901 wieder eingegangene Tarifgemeinschaft, trotzdem ſie die Feuerprobe beſtanden, in der Erreichung der berechtigten Wünſche auch nicht voll befriedigte, ſo ſei die wiſchaftliche Kriſis der damaligen Periode mit in Betracht zu ziehen, und daran gemahnen, doch wohl ein nicht zu gering veranſchlagender Erfolg zu konſtatieren. Wie jedes Samentorn Zeit zur Entfaltung brauche, ſo ſei dies auch mit der Tarifgemeinschaft der Fall. Pflicht der geſamten Frankfurter Kollegenſchaft wäre es, auf dem beſchrittenen Wege weiter auszuholen. Durch die jahrelangen Bemühungen, die nun zur Tarifanerkennung ſeitens der Firma Krowiſch & Sohn führten, habe die hieſige Verbandsleitung die dort ſtehenden Kollegen (ſowohl Mitglieder als Nichtmitglieder) zu tariftreuen Gehilfen gemacht und der Organifation im allgemeinen und der Tarifiſche im beſonderen einen großen Dienſt erwieſen. Es gelte nunmehr, den Indifferentismus der unſrer Organifation noch Fernſtehenden zu beſeitigen. Die techniſche Entwicklung werde auch nicht vor den Toren Frankfurts Halt machen; ziehe auch hier erſt der „Eiferne“ ein, dann werden dieſe Kollegen etwas zu ſpät einſehen, inwieweit unſre Organifation den Mitgliedern Schutz und Schirm gewähre durch ihre humanitären Einrichtungen in allen Lagen des Lebens. Aber auch der unſozialen Anſchauungen ſeitens des hieſigen (Frankfurter) Gewerbeſpektors gedachte der Redner. Befagter Herr behauptete, die Verkürzung der Arbeitszeit werde von den Arbeitern nur dazu benützt, um für entſprechenden Nachwuchs zu ſorgen. Auf dieſen geſchmackvollen, wenn nicht zwiſchen Ausſpruch iſt zu erwidern, daß das Bildungsbedürfnis des Arbeiters zur Verkürzung der täglichen Beſchäftigung allein ſchon einen Grund darſtellt. Zum Schluſſe bebauerte der Referent, daß die ſo notwendige Geſchloſſenheit der geſamten Kollegenſchaft beeinträchtigt werde durch Strömungen in den eignen Reißen, die ſich durch ein gewiſſes, vereinzeltes Draufgängerturn, ſpeziell in Berlin, bemerkbar machen. Die ganze organiſatoriſche Tätigkeit werde dadurch gehemmt. Man verſeſſe ſich, daß wir doch noch immer mit den in der gegenwärtigen Geſellſchaftsordnung herrſchenden Verhältniſſen zu rechnen haben. Unſere mehr oder minder großen Erfolge hängen nicht von der ſkalenmäßigen Steigerung der „Impulſe“ ab, ſondern mehr von der Ruhe und Beſonnenheit! Nicht das Faustrecht, ſondern die fortſchreitende ſoziale Einſicht der Prinzipale werde uns die gewünschte Gleichberechtigung bringen, und erſtere könne nur gefördert werden durch ſtrikte Einhaltung der vertraglichen Verpflchtungen, weil dieſe wieder nachſiehernd auf die Prinzipale wirken. Redner ſchloß mit den Worten: „Laſſen Sie uns daher die alten und bewährten Wege weiter gehen, die Wege, die uns von Erfolg zu Erfolg geführt haben, und die wir gegangen ſind im Intereſſe und zum Wohle der Allgemeinheit!“ Als Kollege Muſſial unter drauſendem, langanhaltendem Beifalle geſchloſſen, wurde das ausgezeichnete Referat zur Diſkuſſion

geſtellt. Da ſich hierzu niemand meldete, nahm der Vorſitzende Veranlaſſung, dem Referenten für ſeine wohlworbachteten, klaren und jormvollendeten Vortrag den Dank auszuſprechen, mit dem Grüßen an die Kollegen, zum Zeichen der Anerkennung der verwendeten Worte des Kollegen Muſſial ſich von den Sigen zu erheben, was geſchah. Damit war die umfangreiche Tagesordnung erſchöpft. Mit einem kräftigen dreimaligen Hoch auf den Verband und unter Abſingung der Buchdruckerhymne wurde die erſte dieſjährige Verſammlung des Bezirks Frankfurt a. O. geſchloſſen. — Einem Wunſche aus der Verſammlung nachkommend, folgte zum Schluſſe noch die Zufammenſetzung des Bezirksvorſtandes: Franz Meyerſdorff, Vorſitzender; D. Müller, Kaſſierer; B. Schüß, Schriftführer; Bela Roſenberger und Hauſke, Beiſitzer.

**-i. Hannover.** (Mitgliederverſammlung vom 8. März.) Vor Eintritt in die Tagesordnung erſuchte die Verſammlung in üblicher Weiſe das Andenken des verſtorbenen Invaliden Karl Schwabe. Obwohl die Tagesordnung wichtige Vereinsmitteilungen und Anträge zur Generalverſammlung verzeichnete, war die Verſammlung verhältnismäßig ſchwach beſucht. Betreffs der Vereinsmitteilungen, die noch im Stadium der Vorbeſprechung ſich befinden, wird ein ſpäterer Verſammlungsbericht über dieſe auch die übrige Kollegenſchaft intereſſierenden Punkte Aufſchluß bringen. Zu den Anträgen im allgemeinen übergehend, ſtand die Verſammlung auf dem Standpunkte, daß eine Erhöhung des Sterbegeldes — jedoch unter völliger Anſchaltung einer Witwenkaſſe — unter allen Umſtänden zu erfolgen habe. Zu dieſer Angelegenheit lagen drei Anträge vor: der des Kollegen Schulz, ein Vorſtandsantrag und ein vom Kollegen Klapproth während der Verhandlungen geſtellter, der angenommen wurde. Somit waren die übrigen Anträge, ſpeziell der des Kollegen Schulz, der überhaupt keine Ausſicht auf Annahme hatte, gefallen. Der Antrag K.S. den der Koalitionsverein zu dem ſeinigen machte, lautet: „Mit eben 10 Pf. Beitragserhöhung ein Sterbegeld von 1000 Mk. bei 1500 Steuerwochen zu gewähren.“ Im Bezuge der Arbeitslojenunterſtützung wurde es als eine Härte empfunden, daß keine Zwiſchenstufe zwiſchen 150 und 750 geleisteten Steuerwochen ſich befindet, weshalb im § 9 des Statuts folgende Einſchaltung gewünscht wird: „Bei 500 Steuerwochen 30 Wochen pro Tag 1,50 Mk. zu gewähren.“ Die oft im „Corr.“ wiederkehrende Anregung betreffs Gewährung der Konditionslojenunterſtützung an die zu militäriſchen Übungen eingezogenen Kollegen fand keine Sympathie. Weiter erklärte ſich die Verſammlung für Annahme einer Reſolution der Stereotypen- und Galvanoplastiker behufs Aufnahme dieſer Sparte in die Tarifiſche und unter Vorbehalt der Generalverſammlung eine Anregung zur Löſung dieſer ſehr zeitgemäßen und notgedrungenen Frage erwartete. Dem Antrage des Maſchinenmeiſtervereins: „Einen Teil der Koſten zu dem Plern 1906 in Berlin ſtattfindenden deutſchen Maſchinenmeiſterkongreſſe auf die Verbandskaſſe zu übernehmen“, ſtimmte die Verſammlung ohne Widerſpruch zu. Mit der jetzigen Gewährung von Unzulogkosten erklärte ſich die Verſammlung ebenfalls nicht einverſtanden und wird durch Annahme des Antrages: künftighin keinen Unterſchied zwiſchen freiwilligen und unſfreiwilligen Umzuge zu machen, von der Generalverſammlung eine Aenderung dieſes Paragraphen erwartet. Aus der Mitte der Verſammlung heraus wurde dann noch die Streichung des zweiten Abſatzes unter f im § 5 des Statuts, welcher in außerordentlichen Fällen dem Verbandsvorſtande mit Zustimmung der Mehrheit der Gausvorſtände das Ausſchließungsrecht einräumt, beſchloſſen. Zum Schluſſe nun wünſchten wir unſrem Nachfolger ein „dankebares Publikum“, als wir es bisher beſaßen.

**F. S. Leipzig.** (Maſchinenſektorklub.) Der in der Generalverſammlung vom Vorſitzenden erſtattete übliche Geſchäftsbericht zeitigte eine lebhaſte Debatte über die tarifiſchen Verhältniſſe an den Segmaſchinen bei den Firmen Gumbe und Pries. Bei der erſten wird im gewiſſen Umbe berechnet, es beſteht daſelbſt eine Art Prämienſyſtem. Die hierzu maßgebenden Zuſtänzen ſollen aufgefördert werden, hier endlich einmal gründlich reine Wiſchaft zu machen. Nach kurzen Erklärungen des Vorſitzenden zum Jahresberichte fand die Neuwahl des Vorstandes ſtatt (ſiehe Verbandsnachrichten). Ferner ſoll der Vorstand eine dreigliedrige Kommiſſion, beſtehend aus Monotypen, zu ſeinen Beratungen hinzuziehen. Der Jahresbericht gibt im großen und ganzen ein günſtiges Bild über die tarifiſchen und ſanitären Verhältniſſe in den hieſigen Druckereien. Des weitern ſit demſelben zu entnehmen, daß die Zahl der mit Segmaſchinen arbeitenden Betriebe von 14 im Vorjahre auf 18 geſtiegen iſt, und zwar wurden neu aufgeſtellt 25 Taſt- und ſiebzehn Giehmaſchinen der Monotype, vier Typographen- und drei Linotypenmaſchinen, ſo daß jezt 115 Seg- und 17 Giehmaſchinen in Leipzig im praktiſchen Betriebe ſind (die Ausſtellungsmaſchinen ſind nicht mitgezählt). Dem Syſteme nach gibt es hier 47 Typographenmaſchinen mit 41 Segern, 25 Linotypen mit 40 Segern, eine Monoline mit einem Segler, 25 Taſt- und 17 Giehmaſchinen der Monotype mit 21 Segern und acht Giehern. Der Kaſſenbeſtand beträgt 92,49 Mk. Die Mitgliederzahl iſt von 52 auf 58 geſtiegen.

**Forſheim.** In der am 12. März abgehaltenen Sitzung der Drucker und Maſchinenmeiſter, zu der auch vier Stuttgarter Kollegen erſchienen waren, zwecks Gründung eines Maſchinenmeiſtervereins, hielt der Vorſitzende

des Stuttgarter Maschinenmeistervereins, Kollege Haug, ein Alerat über „Zweck und Ziele eines Maschinenmeistervereins“. Nachdem der Referent in seinem einündigen Vortrage die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines solchen Vereins erläutert hatte, wurde auch hier ein Maschinenmeisterverein ins Leben gerufen. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden Karl Klupp zum Vorsitzenden, August Straubinger zum Kassierer und Paul Schwert zum Schriftführer gewählt. Alle dem Vereine noch fernstehenden Vorzeiger Kollegen werden hiermit höflichst zum Beitritte aufgefordert.

**-g- Rosen.** Unsere letzte Versammlung war leider ausnahmsweise schwach besucht. Der Grund hierzu lag wohl darin, daß die Mitglieder in letzter Zeit sehr in Anspruch genommen waren durch außerordentliche Sitzungen des Ortsvereins und der einzelnen Gruppenvereine. Zur Generalversammlung wurde zunächst ein Antrag gestellt, dieselbe wolle den zur Liebung einzugezogenen Reservisten für die Zeit ihrer Liebung die Arbeitslosenunterstützung zusprechen. Nach längerem Für und Wider wurde dieser Antrag angenommen. Dann kam ein Antrag, das Sterbegeld zu erhöhen event. unter Erhöhung des Beitrages. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Ferner wurde ein Antrag gestellt, die Invalidenunterstützung in Zukunft nur nach Beitragswochen zu berechnen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Hierauf wurde erwähnt, daß kürzlich ein Mitglied durchgereist sei, welches bereits über 1300 Wochenbeiträge geleistet habe, und betont, daß bei der heutigen Ausdehnung des Verbandes es sich wohl ermöglichte lassen müsse, ein derartiges Mitglied irgendwo unterzubringen. Es wäre angebracht, daß die Generalversammlung sich dahin ausspreche, der Zentralvorstand möge in obigem Sinne entsprechende Maßnahmen treffen. Dagegen wurde darauf hingewiesen, daß weder die Generalversammlung noch der Zentralvorstand dies verhindern könne, hier kämen die betr. Gauerwaltungen in Frage. Auch in dieser Sache wurde ein dahin formulierter Antrag angenommen. Aus der vorletzten Sitzung ist zu bemerken, daß der Wunsch ausgesprochen wurde, der Vorstand möge an diejenigen Prinzipale, die ihren Personalien noch keine Ferien bewilligt hätten, mit einem Gesuche um Bewilligung von Ferien herantreten. Der Vorsitzende sagte dies zu. Ferner wurde über mehrere Tarifverlegungen berichtet und der Vorstand ersucht, hier Remedur zu schaffen.

**-x- Bezirk Weimar.** Die am 12. März in Apolda abgehaltene ordentliche Bezirksversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches der Kollegen aus Apolda, Blankenhain und Weimar. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 120 in vier Orten. In Buttlau, Stadthulza und Raftenberg bestehen noch recht traurige Verhältnisse; bei zehn- bis elfstündiger Arbeitszeit werden Löhne bis 12 Mk. herab gezahlt und die Anzahl der Lehrlinge übersteigt die der Gesellen. Ein Vorkstellwender des Tarifamtes blieb leider erfolglos; beide Teile, Prinzipale wie Gesellen, sind beherrschet von einer Verhältnislosigkeit sondergleichen. Auch Apolda hat zwei nichttarifreue Firmen: Berger entlohnt unter Tarif und Lind ignoriert die Lehrlingskassa. Dagegen hat sich die Verhältniszahl der Gesellen zu den Lehrlingen in Blankenhain gebessert. Die Bezirkskasse wies eine Einnahme von 603 Mk., eine Ausgabe von 536,90 Mk. und einen Bestand von 66,10 Mk. auf. Eine unschlüssige Aussprache zeitigten die Anträge für den Gautag und für die Generalversammlung; vor allem der auf Anstellung eines besoldeten Gauerwalters. In der Begründung des letzteren Antrags wurde auf die durch die Zunahme der Mitglieder hervorgerufene Vermehrung der Verwaltungsarbeiten hingewiesen, die in zufriedenstellender Weise nur ein ledigliches hierfür Berufener erledigen könne, der nebenbei noch agitorisch tätig sein werde. Die hierdurch bedingte Beitragserhöhung von 5 Pfg. werde auch endlich die Gaultasse zu dem statutenmäßigen Stande (3 Mark Bestand pro Mitglied) bringen. Die Mehrheit der Versammlung hielt jedoch eine Erhöhung des Beitrages für mehrere Klassen — bisher für die des Ortsvereins Weimar und voraussichtlich auch für die Zentralkasse — nicht für angängig. Für den Anfang würden die für eine solche Verwaltung in Betracht kommenden Remunerationen in Höhe von über 2000 Mk. sehr wohl reichen. In diesem Sinne wurde auch beschloffen: „Die Bezirksversammlung erklärt sich für Anstellung eines besoldeten Gauerwalters, wenn dies ohne Beitragserhöhung möglich ist.“ Angenommen wurde dann ein Antrag zur Generalversammlung der Gauwitwenkasse: „Mitglieder der Gauwitwenkasse müssen gleichzeitig dem Verbands angehören. Vom Verbands abgehende Verbandsmitglieder erhalten, sofern sie Mitglieder der Gauwitwenkasse waren, die Hälfte ihrer zu dieser Klasse geleisteten Beiträge zurück.“ Bisher, so wurde begründend gesagt, können die vom Verbands abgehenden Kollegen, wenn ihnen die weitere Verbandsmitgliedschaft nicht gestattet ist bzw. sie um dieselbe nicht eintommen, durch Fortzahlung des geringen Beitrages ihre nicht unerheblichen Rechte bei der Witwenkasse aufrecht erhalten. Diese ist doch aber ein Zweig des Verbandes, und da sie bei dem jetzigen Zustande eine allgemein-versicherungsartige Gestaltung annehmen würde, so würde mit solchen Mitgliedern ein unter Umständen gefährlicher Ballast geschaffen werden. Zur Annahme gelangte darauf folgende bei der Generalversammlung zu beantragende Forderung des § 11 Abschn. 4 der Verbandsbeschlüsse unter Zugrundelegung einer Erhöhung des Verbandsbeitrages um 5 Pfg.: § 11. Ein Sterbefälle wird ein Begräbnisgeld an die sich legitimierenden

Hinterbliebenen der Mitglieder gegen Vorlegung des Totenscheines in folgender Weise gezahlt: bei 13 Beiträgen 50 Mk., bei 50 Beiträgen 100 Mk., dann steigend für je weitere 50 geleistete Beiträge um je 20 Mk. Unter 13 Wochen wird kein Sterbegeld gezahlt. Mitglieder, welche weniger als 50 Wochen in Deutschland gearbeitet und Beiträge entrichtet haben, erhalten 50 Mk. Diejenigen Mitglieder, deren Ehefrauen sterben, erhalten ein Begräbnisgeld von 50 Mk. Zu dieser Unterstützung bedarf es jedoch einer Karenz von 5 Jahren. Eine Mehrheit fand sich jedoch für den Antrag, den „freiwillig“ und „unfreiwillig“ Umziehenden die gleichen Unterstützungssätze zu gewähren. Nachdem acht Kollegen (von denen vier zu wählen sind) als Kandidaten zur Gautagsdelegation ausgewählt und die volle Jahrgeldentschädigung für die auswärtigen Teilnehmer bewilligt worden war, beschloß man, in diesem Jahre noch eine Bezirksversammlung abzuhalten und zwar in Dymnaußfeld.

## Grundschau.

Eine in Düsseldorf abgehaltene Außerordentliche Kreisversammlung des Deutschen Buchdruckervereins (Preis II) beschäftigte sich auch mit den eingegangenen Anträgen zur Tarifrevision sowie deren vorläufiger Bearbeitung. Es war zur Vorbereitung solcher Anträge von der letzten Versammlung ein besonderer Ausschuß eingesetzt worden, welcher seinen Bericht erstattete. Zu dem uns zugegangenen kurzen Versammlungsberichte heißt es nur, der Bericht des Vorsitzenden dieses Ausschusses bot Interessantes. Die Prinzipale lassen sich ja gewohntermaßen nicht in die Karten sehen, bei den Gesellen spielt man dagegen auf offenem Markte. Den größten Raum nahm bei den Verhandlungen jedoch die Frage des Schmiergeldwesens und des Unjages der Schmiergeldderzahlung ein. Um letzterer nachdrücklich entgegenzutreten, beschloß die Versammlung einstimmig eine besondere Vereinigung von Buchdruckerbetreibern herbeizuführen, die sich gegen Zahlung von Konventionalstrafen im Zwischenschaltungsfall verpflichten soll, nicht mehr bei solchen Firmen Bestellungen zu machen, von denen bekannt werde, daß sie zur Erlangung von Aufträgen Schmiergelder an Angestellte oder bezahlten zahlen.

Worauf die Klagen über die niedrigen Druckpreise zurückzuführen sind, war neulich in den Mitteilungen der Prinzipale in Hannover zu lesen. Eine höhere dortige Behörde schrieb anfangs Dezember ihren Jahresbedarf an Druckfarben aus, lieferbar bis zum 20. Januar. Benötigt wurden zehn verschiedene Formulare in einer Gesamtmenge von 421 640, die Mehrzahl derselben mußte am 15. Januar geliefert werden. Es gingen nun Angebote ein zu: 1. 1697,44 Mk., 2. 1558 Mk., 3. 1506,66 Mk., 4. 1348,13 Mk., 5. 1288,26 Mk., 6. 1222,71 Mk. Der Preis des Papiers belief sich ohne die Zuschußbogen auf 672,55 Mk. Die das höchste Gebot machende Firma hatte ihre Kalkulation schon so aufgestellt, daß bei weitem noch nicht 25 Proz. Nettodienstleistung herausbränge; die am niedrigsten bietende hätte demnach bares Geld draußlegen müssen. Den Zuschlag erhielt jedoch die zweitbilligste Firma, bei der das Verhältnis aber ebenso ist; es besteht nur der Unterschied, daß sich diese Firma bereits im Konkurs befindet! Daß die Behörden die Preise drücken, ist zweifellos, ebenso steht aber außer Frage, daß dies nur möglich ist, weil die Prinzipale ein solches Entgegenkommen zeigen, daß es dann keinen Halt auf der abschüssigen Bahn mehr gibt. Den Gesellen aber wird immer vorgekommen, daß speziell der Formular- und Akzidenzdruck sich gar nicht mehr rentiere. Wo diese Winte hinstelen, weiß man ja, aber es ist gut, mitunter taub und stumm zu sein.

Eine Zweigfabrik in Deutschland errichtet die New Yorker Druckfarbenfabrik Eigmund Ullmann & Co., welche die Doppeltonfarben auf den Markt gebracht hat, in Berlin. Das ist nach verschiedenen Richtungen ein bemerkenswertes Vorkommen. Einmal geht eher unsere heimische Industrie nach Amerika und überhaupt in das Ausland — infolge der neuen Handelsverträge. wird das künftig noch weit mehr eintreten als bisher —, dann ist der Begründer und Mitinhaber genannter Firma der erste Deutsche gewesen, welcher in Amerika eine Druckfarbenfabrik errichtete und nun in seinem Heimatlande eine Zweigniederlassung begründet, und drittens ist der zwingende Grund zu diesem Schritte die Eigmund Ullmann & Co. in Deutschland entstandene Konkurrenz durch Nachahmungen ihres Spezialergusses. Die Zusätze dieser Firma lassen darüber ja recht tief blicken.

Zum 100jährigen Todestage Schillers wird am sämtliche Schüler der Ober- und Mittelklassen aller Berliner städtischen Schulen die von der literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins erwählte „Schillergabe für Deutschlands Jugend“ zur Verteilung gelangen. Dieses Jubiläumsbuch, welches im Verlage von Fischer & Franke zu Düsseldorf erscheint, enthält die für die Jugend geeignetsten Gedichte Schillers, die Illustrationen stammen von Franz Strafen. Es werden für den gedachten Zweck 115 000 Exemplare benötigt.

Eine Jubiläumsausgabe des „Don Quijote“ ist im Verlage von Max Hesse in Leipzig erschienen. Derselben ist die als beste anerkannte Deutsche Uebersetzung zugrunde gelegt. In zwei kleinen Bänden gebunden kostet diese Ausgabe nur 3,50 Mk. In England machen zwei neue Zeitungsfusionen von sich reden. Die „St. James Gazette“ wird mit der

„Evening Standard“ und „Daily Mail“ mit „Evening News“ verschmolzen werden. Bei der ersten Verschmelzung kommt G. A. Pearson, bei der letzteren der Zeitungsverleger Harnsworth in Frage, es sind dies die beiden Zeitungskönige Englands. Die genannten beiden Harnsworth'schen Blätter repräsentieren einen Wert von 10 000 000 Mark, die erlangten Pearson'schen (derselbe besitzt noch eine große Zahl anderer Zeitungen) einen solchen von 12 140 000 Mk. Daß diese Zeitungsunternehmungen sich sehr gut rentieren, beweist, daß „Daily Mail“ und „Evening News“ im letzten Jahre 11,5 Prozent, „Evening Standard“ und „St. James Gazette“ 13 Prozent Dividende abwarfen. In den letzten zwei Jahren haben nicht weniger als vier große Londoner Morgenzeitungen die ausführliche parlamentarische Berichterstattung eingestellt; einmal, weil es ihnen zu teuer kommt, weiter aber auch, weil das Interesse am Parlamentarismus in England wesentlich geschwunden ist. Die Kosten der eigenen parlamentarischen Berichterstattung werden auf 30 000 Mk. in der Session geschätzt.

Das Gewerkschaftsstatut in Bayern trägt sich mit dem Projekte der Errichtung einer Arbeitslosen-Kasse auf fakultativer Grundlage. Außer den Beiträgen der aktiven und passiven Mitglieder soll die Stadtgemeinde Subventionen leisten. Wenn das letztere im Bereiche der Wahrscheinlichkeit liegt, dann sollte man sich mit Klären wie den angegebenen nicht quälen, sondern die Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung nach dem Genet System anstreben.

Zu der vergangenen Woche wurde im Reichstage die sozialpolitische Redeschlacht beendet; es setzte gleich darauf jedoch eine heftigere Kanonade ein, gerichtet gegen den Reichskanzler und den Staatssekretär des Innern, oder richtiger gesagt: gegen den Kaiser und die Kaiserinherauschafft. Da man im höchsten Seniorentenkonvent berathschlagt hatte und zu der Einsicht gekommen war, daß bei solchem Redeflusse wie in den letzten Wochen der Stat wieder nicht fertig gestellt werden kann bis zum 1. April, so trat allseitig das Bestreben hervor, mit etwas weniger rhetorischem Aufwand es doch genug sein zu lassen des grausamen Spiels. Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsamtens des Innern demängste zunächst Abg. Erzberger (Str.) die amtliche Statistik, die Polizeibehörden seien ungeeignet zur Beschaffung des Materials, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie die Gewerbegerichte müßten dazu herangezogen werden. Unsere Leser werden wissen, daß dies die auch im „Corr.“ schon vielfach hervorgehobenen Bedenken gegen die amtliche Statistik sind; die Antwort Posadowsky's war leider aber eine völlig unbefriedigende. Vom Abg. Müller-Meinigen (fr. Vp.) wurden die wunderbaren Zustände beleuchtet, welche für die Presse bezüglich der Veröffentlichung von Geheimnissen bestehen. Nicht weniger als 200 Verordnungen seien auf diesem Gebiete vorhanden, da könne sich natürlich keine Zeitungspublikation hindurch finden. Der Inhalt eines Interates gehe den Redakteur überhaupt nichts an, dafür müsse allein der Inzerent verantwortlich sein. Einer solchen radikalsten, aber einzig richtigen Forderung will die Reichsregierung jedoch nicht zustimmen, es soll lediglich eine Nachprüfung des Bezugsverhältnisses der Geheimnisse von Zeit zu Zeit stattfinden. Für einen größeren Schutz der Bleichstärkerarbeiter trat Abg. Naden (Str.) ein. Nach dieser Richtung ist ein Gesetzentwurf bereits fertig gestellt, auch steht von der Regierung eine Regelung der Frage der Bleichstärkerverwendung bevor. Um eine solche herbeizuführen, ist die Organisation der Maler und Lackierer bekanntlich in erster Linie tätig gewesen. Die fortschreitende Flußverschmutzung durch die Industrie und die Städte brachte Abg. Scheidemann (Soz.) in Verbindung mit dem kanadischen Gelsenkirchener Wasserleitungsprozesse zur Sprache. Graf Posadowsky machte hierzu das bemerkenswerte Geständnis, daß auf diesem Gebiete in den letzten Jahrzehnten viel versäumt sei, es würde lange dauern, bis die Schäden der Vergangenheit ausgerottet seien. Nach der Gelsenkirchener Affäre seien aber die schärfsten Anordnungen getroffen. Wie in der vergangenen Woche der Abgeordnete Mollenhauer, so trat in der letzten Abg. Nob. Schmidt (Soz.) für die Anerkennung der Berufsinvaldität ein und wandte sich entschieden gegen die verbreitete — und auch von Posadowsky geteilte — Ansicht, daß die Arbeiter von einer förmlichen Rentenjudt befallen seien, woher das starke Anwachsen der Rente stammen solle. Die Ausführungen dieses Redners über die absolute Untauglichkeit des gegenwärtigen Wahlsystems zu den Vertretern in der Arbeiterversicherung kann man ebenfalls did unterstreichen. Bei der dann folgenden zweiten Beratung des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei kam es bei den von den Sozialdemokraten eingebrachten Resolutionen betreffs Aufhebung der Auslieferungsverträge Preußens und Bayerns mit Rußland und der Frage der Siderung der Aufenthaltverhältnisse im Deutschen Reiche zu heftigen Anklagen und zu scharfen Beurteilungen des gegenwärtigen Regierungskurses, der sich in seiner blinden Verteidigung des russischen Systems und dem bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Absoluten Herrschaft in Rußland befindenden Entgegenkommen zum mindesten ebenso blamiert hat vor aller Welt, wie das offizielle Frankreich mit seinem unnatürlichen Bündnisse mit Rußland. Der königberger Prozeß spielte natürlich auch wieder eine bedeutsame Rolle, womit schon gesagt ist, daß der preussische Justizminister ebenfalls auf der Anklagebank saß. Aber auch Herr v. Hammer-

Fortsetzung in der Beilage.



# Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 34. — Donnerstag den 23. März 1905.

## Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

sein mußte wegen seiner Ausweisungspolitik an Rußland nach Verdienst herhalten. Es war erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit die Regierungsbekannteren betonten, daß auf Grund der kritisierten Verträge überhaupt noch keine Auslieferung politischer „Verbrecher“ stattgefunden habe, wodurch alle Welt sich entriest über die preussische administrative Ausweisungspolitik. Freiherr v. Richthofen, der Staatssekretär des Auswärtigen, wurde mit Recht riefig ausgelacht, als er die Auslieferungsverträge mit Rußland „einen großen Segen für uns“ nannte. Ueberaus bezeichnend war es, als auf die ungenießbar scharfe Besetzung des von der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd über die russischen Auswanderer ausgeübten Sonderrechtes, das man mit der Notwendigkeit der sanitären Kontrollstationen zu verbrümen sucht, von Regierungsseite erst gar keine Antwort erfolgte, und schließlich auch nur die Verlegenheitsphrase kam, es wären nur einige Mißgriffe vorgekommen. Das Beispiel des Richterfatters vom „Vorwärts“ hat aber zur Genüge dargelegt, daß der Ballin Kurs ein einfach schändliches Monopol ist, das unbedingt beseitigt werden muß. Was war nun der Effekt der Neben von Bebel, Volkmar, Heine, Haase usw.? Bülow, der Unerlöschliche, Bülow, der Repräsentant einer Großmacht, in der sich das Volk die Konstitution blutig erkämpft hat, glaubt und hofft, daß die Großmachtstellung Rußlands trotz aller Donnerwörter nicht gebrochen ist, daß also die Absolut- und Gewalt-herrschaft beim östlichen Nachbar aufrecht erhalten wird. Und wer ihm ob seiner Rußlandfreundschaft an den Fragen will, dem antwortet er, daß ihn solche Angriffe kalt lassen. Ein trauriges Schauspiel!

Die Stellungnahme der deutschen Bergwerks-beijer zu der zweiten preussischen Berggesetz-novelle ist jetzt auf einer in Berlin abgehaltenen Versammlung erfolgt durch einstimmige Annahme einer Resolution, welche besagt, in den tatsächlichen Arbeitsverhältnissen des preussischen Bergbaues sei keinerlei berechtigte Be-zugnahme zu den in der neuesten preussischen Berggesetz-novelle vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich der Berg-arbeiterverhältnisse vorhanden. Die Versammlung werde dem Landtage eine Denkschrift unterbreiten und dabei betonen, daß die Vorsehlag einerseits die Sozialdemo-kratie und das Großpolentum fördern, andererseits durch die Verteuerung der Kohlenstoffkosten und somit der Kohlenpreise die Kohlenkonumenten und insbesondere die Ausfuhrindustrie schädigen würden. Die Herren Kohlenbarone treiben ihr freches Spiel so weit, daß ihnen gehörig eins auf die Miße gehört. Wenn sie glauben, mit dem deutschen Volke ebenso umspringen zu können als mit preussischen Ministern, so muß ihnen dieser Glaube aber gründlich benommen werden. Das Zusammen um eine Schädigung der Ausfuhrindustrie ist besonders interessant, denn mit ihren Ausfuhrpreisen haben die Zeichenbesitzer seither lediglich die deutschen Kohlen-konumenten geschädigt, welche bedeutend höhere Preise für deutsche Kohlen zu zahlen hatten wie die ausländischen Abnehmer. Wenn dieser schon so oft gezeigte Zustand durch die Berggesetznovelle ein Ende nehmen könnte, würde man sich gegen nur freuen können.

Wie es mit der Ausbildung der Lehrlinge bei Zinnungsmeistern bestellt ist, darüber fällt der Münchener Schulrat Dr. Kerschbamer in einer Denkschrift über die gewerblichen Fortbildungsschulen folgendes vernichtende Urteil: „Eine Klage trat bei fast allen Beratungen (mit den Vertretern verschiedener Gewerbe) in bisweilen sehr betrübendem Umfang auf, die Klage nämlich über das Versagen so vieler Meisterlehren in bezug auf technische Ausbildung der Lehrlinge. Es ist gar nicht zu schildern, welche trostlosen Verhältnisse hier aufgedeckt wurden. Nicht wenige der geladenen Vertreter erklärten, daß junge Leute im zweiten, ja im dritten Lehr-jahre bei ihnen vielfach schon eintreten, die nicht die einfachsten Manipulationen ihres Gewerbes verstanden. Das schlimmste aber ist, daß sich einzelne Meister nicht einmal dieser Vernachlässigung ihrer Pflichten schämen. Auf meinem Bureau erklärte ein Zinnungs-obermeister und Mitglied der Handwerkskammer: Die Aufgabe des praktischen Unterrichtes in unseren sachlichen Fortbildungsschulen sei, den Lehrling in seiner prakti-schen Ausbildung zurückzuhalten; er dürfe keine fertigen Stücke machen, sonst verlange er als Meister so viel Lohn.“ Das sind die erprobten Meister, welche die Rettung des Handwerks in praxi durch Lehrlingszucht und Zurückhaltung des gewerblichen Nachwuchses in seiner Ausbildung, durch Unterrichts-erfordere bei Submittionen (wir erinnern nur an das kürzlich im Reichstage vorgebrachte große Unterangebot des Abgeordneten Pauli-Potsdam) und blindes Schimpfen auf die alles ruinierende Industrie betreiben. D über euch Pharisäer!

Den in Berlin grassierenden Grund- und Boden-wucher illustriert ein Grundstücksverkauf, den unlängst die Berliner Terrain- und Bauaktiengesellschaft vornahm.

Ein 4836 Quadratmeter großes Grundstück am Pott-buser Dam, welches sie vor zwei Jahren für den Preis von 686 000 Mk. erwarb, veräußerte nämlich diese Gesell-schaft jetzt an eine Hamburger Firma für mehr als drei Millionen Mark.

## Gingänge.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Redaktion und Verlag: Ing. Müller in St. Gallen. 23. Jahrgang. Heft 13. Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Studium und Selbstunterrichte in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen für Kauf-leute, Gewerbetreibende, Beamte usw. In Verbindung mit hervorragenden Sachmännern herausgegeben von Emanuel Müller-Baden. (Erscheint in 75 Lieferungen zu je 60 Pf.) Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57. Heft 32 bis 34.

Weltall und Menschheit. Naturwunder und Menschenwerte, Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte von Hans Kraemer. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57. Lieferung 74 bis 78. Preis pro Heft 60 Pf.

Moderne Kunst, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Rich. Bong & Co., Berlin W 57. — Preis des Heftes 60 Pf. Heft 14.

Arbeiterdruckerei E. G. m. b. H. in Dessau. Bericht über das erste Geschäftsjahr.

Arbeitersekretariat in Halle a. S. 5. Geschäfts-bericht für das Jahr 1904. Bericht über das Gewerkschaftskartell Halle a. S., den Stand der Organisationen sowie einer Abhandlung über das Klagerrecht in den ver-schiedensten Anlagen.

Erster internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1903. Herausgegeben von dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutsch-lands (C. Legien), Berlin.

Das Kaufmannsgericht. Erscheint Ende jeden Monats. Bezugspreis 2 Mk. jährlich. Verlag: Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband in Hamburg.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Genselberstraße 4. Nr. 6 des 24. Jahrganges. — Preis pro Nummer 10 Pf.

## Briefkasten.

A. B. in Mügeln: Nichten Sie Ihre Beschwerden zunächst an den jeweiligen Gehilfenvertreter. Wenn derselbe die Sache untersucht und das Eingreifen der Tarif-behörden erfolglos geblieben, kann der „Corr.“ in Anspruch genommen werden. — R. Sch. in Berlin: Korrektur kam leider zu spät. — E. B.: Lesen Sie denn keinen „Corr.“? Haben Sie kein Tarifverzeichnis? Also: 1. Laut Verzeichnis vom 30. April 1904: 4559 Firmen und 41 483 Gehilfen in 1382 Ortschaften. 2. Dazu sind die Ortskrankenkassen nicht verpflichtet. — W. B. in Mem-scheid: Die drei Stunden muß der Prinzipal in Ihrem Falle bezahlen, mehr nicht, auch wenn der Zeitaufwand ein größerer ist. — Th. B. in Stuttgart: Dem ersten Teile Ihrer Zeitschrift sprechen wir nicht alle Berechtigung ab, aber es sind gewisse taktische Absichten dabei ubwal-tend. Der Schluss Ihrer Karte ist unfinnig. — Sch. in Harburg: 3,80 Mk. — D. in Danzig: 3,60 Mk. erhalten. — D. in Offenbach a. M.: War nur als Inserat aufnahmefähig, da der „Corr.“ über diese Sache gar nicht berichtet hat; 3,55 Mk. — Z. in Gelsenkirchen 1,70 Mk. einschl. Porto.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

### Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentral-verwaltungen zu richten, und zwar für: Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29; Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1. Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro; Elsass-Lothringen: A. Schmoll, Strassburg, Lange-strasse 146. Oesterreich: F. Reifmüller, Wien VII/1, Ziegler-gasse 25.

Ungarn: Desider Lerner, Budapest VI, Hunyadi-tér 3. Pressburg: K. Ph. Kovarik, Pressburg, Buchdruckerei „Westungarischer Grenzboten“.

Kroatien: Stefan Boranic, Agram, Vinogradska cesta 58.

Fiume: Fabbroni Vittorio, Fiume (Littorale ungarico), Via Ciotta 20.

Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Miliza-gasse 3.

Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei. Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1 (Bursa Muncel).

Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.

Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocetta 15.

Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20. Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philipp-strasse.

Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6. Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybro-gade 12.

Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20. Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgratan 22 A.

Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8. Berlin.

### Der Verbandsvorstand.

**Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.** Die nächste Vorstandssitzung findet am Montag den 25. März, 9 Uhr abends, im Vereinslokale (L. Franzen), Michaelis-strasse 46, statt. — Sitzung des Wohltätigkeitsaus-schusses Sonntag den 26. März, 9/2, Uhr vormittags, im Vereinsbureau, Kaiser Wilhelmstraße 40.

Bezirk **Neuruppin.** Der Sezer Ernst Winter aus Prenzlau wird hiermit aufgefordert, innerhalb acht Tagen seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

**Bonn.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden höf-lichst gebeten, dem Sezer August Wagener aus Elberfeld Spth.-Nr. 40761 ins Buch einzutragen.

**Düsseldorf.** Der Vorstand stellt sich aus folgenden Kol-legen zusammen: Jakob Demlenke, Langestraße 92, Vorsitzender; Hugo Hillerkamps, Buchdruckerei „Wacht“, Kaffee-; Heimr. Janßen, Schiffsführer.

**Koblenz.** Der Vorstand des neugegründeten Maschinen-meistervereins besteht aus folgenden Kollegen: Gustav Dinkelmeier, Koblenz-Lügel, Annastraße 4; Anton Dittich, Entenpfuhl 26, Kaffee-; Hermann Lorenz, Schriftführer; Karl Steffen, Reditor.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Frankfurt a. M. der Drucker Johann Trauner, geb. in Frankfurt a. M. 1878, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — Phil. Guthardt, Haidestr. 50, IV.

In Fauer der Sezer Anton Gröll, geb. in Landek 1883, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — P. Jänich in Legnit, Wilhelmstraße 29.

In Magdeburg der Sezer Karl Hager, geb. in Kraßsheim (Württemb.) 1872, ausgel. in Augsburg 1891; war schon Mitglied. — Paul Dutke in Cracau-Magdeburg, Magdeburgerstraße 9.

In Osterfeld der Sezer Waldemar Berlet, geb. in Plane (Thür.) 1885, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — Alwin Jahn in Jek, Nordstraße 1.

In Peterswaldau 1. der Sezer Karl Heuschke, geb. in Birnbaum (Posen) 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Karl Kummelt, geb. in Frankfurt a. O. 1883, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied. — In Reichenbach der Sezer Franz Rhein, geb. in Hildesheim 1874, ausgel. in Hannover 1895; war schon Mitglied. — G. Anders in Waldburg, Buchdruckerei Domels Erben.

In Wittenberge der Sezer Ernst Barkow, geb. in Finsterwalde (Kr. Randow) 1886, ausgel. in Finster-walde a. O.; war noch nicht Mitglied. — Emil Lange in Neuruppin, Ferdinandstraße 10.

**Hauptverwaltung.** Bericht vom Monate Januar 1905.

a) **Auf der Reife:** Uebernommen vom vorher-gehenden Monate 161 Mitglieder, aus Kondition kamen 176 (hiervon waren 24 noch zum Bezuge der Ortsunter-stützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 45 (25 Verbands- und 20 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Oesterreich 13 Verb.- und 9 gegens. Mitgl., aus Dänemark 2 Verb.- und 8 gegens. Mitgl., aus der Schweiz 2 Verb.- und 2 gegens. Mitgl., aus Elsass-Lothringen 5 Verb.- und 1 gegens. Mitgl., aus Holland, Schweden und Oriedenland je 1 Verb.-Mitglied), aus konditions-losem Aufenthalte kamen 68 (hiervon bezogen 52 Mit-glieder vorher Ortsunterstützung, und zwar 19 bis zu

10 Tagen, 7 bis zu 20 Tagen, 11 bis zu 30 Tagen, 4 bis zu 40 Tagen, 6 bis zu 70 Tagen, ferner je 1 Mitglied 47, 54, 73, 88 und 136 Tage, frank waren 12, zusammen 462 Mitglieder (360 Verbands- und 102 gegenseitige Mitglieder, hierunter 43 Oesterreicher, 22 Ungarn, 2 Norweger, 7 Dänen, 11 Schweizer, 7 Elsaß-Lothringer, 7 Schweden und je 1 Mitglied aus Böhmen, Serbien und Riga). Von diesen auf der Reise befindlichen 462 Mitgliedern hatten vorher geleistet: — unter 6 Beitr., 30 6—12 Beitr., 135 13—49 Beitr., 65 50—74 Beitr., 45 75—99 Beitr., 65 100—149 Beitr., 103 150—499 Beitr., 12 500—749 Beitr. und 7 Mitglieder über 750 Beiträge. — Es traten wieder in Kondition 171 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 53 (35 Verbands- und 23 gegenseitige Mitglieder, und zwar nach Oesterreich 21 Verb.- und 14 gegenf. Mitgl., nach Dänemark 3 Verb.- und 3 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 1 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach Elsaß-Lothringen 9 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach Rußland 1 Verb.-Mitglied), bei Schluß des Berichtes verblieben konditionslos am Orte 46 (davon traten 14 in den Bezug der Ortsunterstützung), frank wurden 10, ausgespart 2, der Nachweis hörte auf bei 2, auf der Reise verblieben 173, zusammen 462 Mitglieder, und zwar 357 Geher (erhielten 4271 Tage), 97 Druder (erhielten 1440 Tage) und 8 Wießer (erhielten 154 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reiseleiter 14 Nichtbezugsberechtigte (darunter 3 Dr. und 24 Ausgesteuerte (darunter 5 Dr. u. 6 W.) auf der Reise. — Es wurden verausgabt: An 251 Mitglieder für 3515 Meistage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 3515 Mk., an 211 Mitglieder für 2350 Meistage (weiße Leg.) à 1,25 Mk. = 2837,50 Mk., an Porto 19,80 Mk., an Remuneration 111,40 Mk., in Summa 6483,70 Mk., hiervon 4569,45 Mk. an Verbands- und 1914,25 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 789 Mk. an Oesterreicher, 423,75 Mk. an Ungarn, 42 Mk. an Norweger, 92 Mk. an Dänen, 215 Mk. an Schweizer, 143,50 Mk. an Elsaß-Lothringer, 174 Mk. an Schweden, 2 Mk. an Böhmer, 28 Mk. an Serben und 5 Mk. an Rigaer. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1905 an 462 Mitgl. 5865 Tage = 6483,70 Mk.  
1904 „ 543 „ 7621 „ = 8390,40 „  
wenig. 1905 an 81 Mitgl. 1756 Tage = 1906,70 Mk.

b) Am Orte: Liebernommen vom vorhergehenden Monate 716 Mitglieder, neu hinzugekommen 1037, zusammen 1803 Mitglieder; hieron waren berechtigt zu 70 Tagen à 1,25 Mk. 231 Mitglieder, zu 70 Tagen à 1,50 Mk. 296 Mitglieder, zu 140 Tagen à 1,50 Mk. 1185 Mitglieder und zu 280 Tagen à 1,50 Mk. 91 Mitglieder. — Es traten wieder in Kondition 1235 Mitglieder, gingen auf die Reise 50, wurden krank 15, aus- gesteuert 46, wovon 8 mit 70 Tagen à 1,25 Mk., 23 mit 70 Tagen à 1,50 Mk., 15 mit 140 Unterstützungstagen à 1,50 Mk., zu einem andern Berufe ging 1, selbständig 1, in- valid 1, im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 454 Mitglieder (316 S., 111 Dr. u. 27 W.), wovon 52 zum Bezuge der Unterstützung bis zu 70 Tagen à 1,25 Mk., 54 bis zu 70 Tagen à 1,50 Mk., 315 bis zu 140 Tagen à 1,50 Mk. und 33 bis zu 280 Tagen à 1,50 Mk. be- rechtigt sind, zusammen 1803 Mitglieder, und zwar 1454 Geher (erhielten 18395 Tage), 208 Druder (erhielten 4112 Tage) und 81 Wießer (erhielten 1267 Tage Unter- stützung). — Diese 1803 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 182 (darunter Mün- chen 100, Nürnberg 29, Würzburg 16, Ansbach 9, Augs- burg 8, Erlangen 7, Regensburg 6), Berlin 544, Dres- den 96 (darunter Stadt Dresden 90, Zittau 3), Erz- gebirge-Bogtland 20 (darunter Plauen 5, Chemnitz 4, Zwickau 3), Frankfurt-Heßen 53 (darunter Frank- furt a. M. 39, Kassel 7, Marburg 3), Hamburg- Altona 112, Hannover 54 (darunter Stadt Hannover 35, Braunschweig 13, Hildesheim 3), Leipzig 211, Mecklen- burg-Vibed 9 (darunter Vibed 4), Mittelrhein 50 (darunter Mainz 10, Mannheim 9, Wiesbaden 7, Hanau und Heidelberg je 5, Darmstadt und Ludwigshafen je 4), Nordwest 18 (darunter Bremen 12, Westmünde 4), Oberhein 45 (darunter Karlsruhe 21, Freiburg i. Br. 16, Lahr 3), Ober 47 (darunter Stettin 12, Posen 9, Pots- dam 8, Neuruppin 4, Kottbus und Greifswald je 3), Ostland=Thüringen 50 (darunter Altenburg 10, Weimar 9, Erfurt 8, Gera 6, Gotha 5, Naumburg 3),

Ostpreußen 13 (darunter Königsberg i. Pr. 10), Posen 9 (darunter Stadt Posen 5, Bromberg 4), Rheinland- Westfalen 102 (darunter Düsseldorf und Köln je 15, Krefeld 9, Essen 8, Bielefeld, Bochum und Dortmund je 7, Oberhausen und Gelsenkirchen je 5, Duisburg 4), An- der Saale 58 (darunter Magdeburg 19, Halle a. S. 17, Dessau 4, Burg und Gräfenhainichen je 3), Schlesien 40 (darunter Breslau 20, Görlitz 4, Slogau 3), Schleswig- Holstein 26 (darunter Kiel 9, Elmshorn und Flensburg je 4, Sleshol 3), Westpreußen 3 (Danzig), Württem- berg 61 (darunter Stuttgart 46, Heilbronn 7). — Es wurden verausgabt: An 231 Mitglieder für 2929 Tage à 1,25 Mk. = 3661,25 Mk. und an 1572 Mitglieder für 20845 Tage à 1,50 Mk. = 31267,50 Mk., in Summa 34928,75 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1905 an 1803 Mitgl. 23774 Tage = 34928,75 Mk.  
1904 „ 1829 „ 28792 „ = 42363,50 „  
wenig. 1905 an 26 Mitgl. 5018 Tage = 7434,75 Mk.

Die Ausgabe von 34928,75 Mk. verteilt sich auf die ein- zelnen Gaue wie folgt: Bayern 4387,50 Mk., Berlin 10827,25 Mk., Dresden 2163,50 Mk., Erzgebirge-Bogtland 405,75 Mk., Frankfurt-Heßen 838,25 Mk., Hamburg- Altona 1822,50 Mk., Hannover 920 Mk., Leipzig 4181,50 Mk., Mecklenburg-Vibed 144 Mk., Mittelrhein 938,75 Mk., Nordwest 292,50 Mk., Oberhein 838,50 Mk., Ober 842,75 Mk., Ostland=Thüringen 1076 Mk., Ostpreußen 232,50 Mk., Posen 90,50 Mk., Rheinland=Westfalen 1638,50 Mk., An der Saale 901 Mk., Schlesien 533,75 Mk., Schleswig-Holstein 522,25 Mk., Westpreußen 59,50 Mk. und Württemberg 1272,75 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Orte im Monate Januar:

1905 an 2265 Mitgl. 29639 Tage = 41412,45 Mk.  
1904 „ 2372 „ 36413 „ = 50753,90 „  
wenig. 1905 an 107 Mitgl. 6774 Tage = 9341,45 Mk.

ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (29639) sind daher 956 Mitglieder (gegen 1175 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat Januar hindurch im Bezuge von Arbeits- lohenunterstützung gewesen.

## Stempelseker

im ovalen und runden Saße geübt, findet dauernde Kondition. [794]  
R. Hecht, Berlin S 42, Oranienstr. 142.

## Tüchtiger Typographseker

per sofort in angenehme, gutbezahlte Stellung von größerer Werkdrucker gesucht. Gute tüchtige Kräfte wollen sich melden. Beste Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 811 an die Geschäftsstelle d. Bl. eröfnen.

## Maschinenmeister

für Zweifarbenmaschinen in dauernde Stellung sofort gesucht. [805]  
Leipzig. E. A. Brachhaus.

## Tüchtiger Maschinenmeister

der im bessern Akzidenz- und Autotypdrucke auf Schnell- und Tiegelpressen Gutes leistet und evant. an K. & B. Rotationsmaschinen ausheilen kann, wird von 27. März oder später in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen mit Zeugnis- abschriften, Druckmustern u. Lohnansprüchen sind zu richten an **Albert Heine, Kottbus.** [804]

## Tüchtiger zuverlässiger Höhefräser

per sofort gesucht. [812]  
Schriftseker **D. Stempel, G. m. b. H.,** Frankfurt a. M.

## Tüchtiger Zeuggraveur

findet dauernde und lohnende Stellung in **Wihl. Grouau Schriftseker** Berlin-Schöneberg, Holzgerstraße 61.

## Maschinenmeister

welcher in Illustrations, Werk-, Platten-, Akzidenz- und Wunddruck an der Schnell- u. Bittoripresse gut erfahren ist, sucht sich zu verändern. Beste Off. unter „B. S. 802“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes eröfnen.

## Zwickau. Außerordentliche Versammlung.

Sonntags d. 25. März, abends punkt 9 Uhr. Tagesordnung: Beratung der General- versammlungsanträge. [800]  
Um zahlreiches Erscheinen bittet **D. H.**

# Typographia

— Gesangverein —  
Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.  
Gegr. 1879. \* Chormeister: Alexander Weinbaum. \* Gegr. 1879.  
Sonntag den 9. April im Festsaale der „Neuen Welt“, Hasenheide:

## LIEDERABEND

Mitwirkende: Fr. Roxy King (Sopran) vom Theater des Westens.  
Herr Alfred Wittenberg (Violine).  
— Anfang 7 Uhr. — Eintritt 50 Pf. — Kinder 20 Pf. —  
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.  
☞ Nach dem Konzert: Tanz. ☞  
Eintrittskarten à 40 Pf. sind im Vereinsbureau, bei den Vereinsboten, in den „Arminhallen“ sowie bei den aktiven Mitgliedern zu haben.  
Der Vorstand. [814]

# Bezirk Frankfurt a. M.

Sonntag den 26. März, vormittags 10 1/2 Uhr: Fortsetzung der **Bezirks-Hauptversammlung**

in den Sälen A und B des Gewerkschaftshauses (Eingang Stoßestraße).  
Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Mitgliederannahmen; 3. Vorschläge zur Neuwahl des Bezirksvorstandes; 4. Neuwahlen zu den übrigen Ämtern des Bezirks; 5. Wahl der Revisoren; 6. Berichtsbendes.  
Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen pünktlich beginnen wird. Den in auswärtigen Orten des Bezirkes Frankfurt konditionierenden Kollegen wird Fahrtenschädigung 4. Klasse gewährt und es wartet zahlreiches Erscheinen aller hiesigen und auswärtigen Kollegen. [813]  
Der Bezirksvorstand.

# Maschinenmeisterklub Ludwigshafen-Mannheim.

Kommenden Sonntag, den 26. März, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in **Mannheim**, im Lokale zum „Prinz Max“, H. 3. 3 eine

## Allgemeine Maschinenmeisterversammlung

statt, wozu sämtliche Kollegen von Ludwigshafen-Mannheim, Frankenthal, Speier, Schweddingen, Weinheim mit der Bitte um vollzähliges und pünktliches Erscheinen gebeten werden.  
Tagesordnung: 1. Zweck und Ziele der Maschinenmeisterbewegung; die Mißstände im Druckgewerbe; welches sind unsere Forderungen, um dieselben abzustellen? 2. Diskussion.  
Referent: Kollege Bruno Keller aus Mannheim.  
Der Vorstand. [801]

## Magdeburg \* Maschinenmeisterversammlung

Sonntags den 25. März 8 1/2 Uhr: **Versammlung** in der „Reichshalle“. [810]  
Der Vorstand.

## Kermann Sachse, Kalle-Crotha

liefert billigst  
Ahlen mit aufschraubbarer Metallzwinde.  
**Neu!**

früher 1 Mk., jetzt 50 Pf.  
Ahlen mit aufschraubbarer Hornzwinde 0,40 Mk.,  
Porto bis zu 10 Stück 10 Pf. [784]

## 3. Auflage!

„Johannes Gutenberg“, Festspiel in drei Akten, von Robert Schradt. Preis 50 Pf., Porto 5 Pf. Beste Bestellungen erb.  
Graph. Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S. [803]

## Erklärung!

Die tariflichen Differenzen, welche in der Schriftsekererei  
**Noos & Junge, G. m. b. H.**  
seit einigen Tagen bestanden haben, sind in friedlicher Weise beigelegt worden, nachdem ich mit meinen Kollegen meinen Fehler und Irrtum eingesehen habe.  
Ich erkläre daher, daß ich meine Beleidigungen gegenüber meinen Vorgesetzten zurücknehme. [807]  
Dissenbach, 18. März. **Daniel Alshaker.**

Am 15. März, abends, verstarb nach längerer Krankheit unser werthes Mitglied, der Setzer

## Paul Sprint

im Alter von 23 1/4 Jahren.  
Wir werden dem so früh Verschiedenen allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.  
Danzig, den 15. März 1905.  
Ortsverein Danzig. [808]

## Todes-Anzeige.

Am 16. März verstarb nach langem schweren Leiden unser treues Mitglied, der Schriftseker  
**Adolf Beckedorf**  
aus Harburg (Elbe). Sein treuerhizer, aufrichtiger Charakter sichern ihm bei uns ein ehrendes Andenken. [806]  
Ortsverein Harburg (Elbe).